

Pressekonferenz der Plattform Agenda 2030, 3. Juli 2018, Bern

Fehlende Armutspolitik der Schweiz

Marianne Hochuli, Leiterin Bereich Grundlagen, Mitglied der Geschäftsleitung Caritas Schweiz

Mit der Unterzeichnung der Agenda 2030 hat sich die Schweiz verpflichtet, einen massgeblichen Beitrag zu leisten, um die von der Staatengemeinschaft verabschiedeten 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung sowohl im Inland als auch im Ausland umzusetzen. Das erste Ziel fordert, die Armut in allen ihren Formen und überall zu beenden. Bis 2030 muss der Anteil der Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, die in Armut leben, auch in der Schweiz mindestens um die Hälfte gesenkt werden.

Fakten zu Armut in der Schweiz:

In der reichen Schweiz sind 615 000 Menschen von Armut betroffen. Über 1.2 Millionen sind von Armut bedroht. Überdurchschnittlich betroffen von Armut sind Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern sowie Menschen mit geringer Ausbildung. Ursachen sind strukturelle Veränderungen und gesellschaftliche Entwicklungen. Erstens existieren infolge der globalen Arbeitsteilung immer weniger Arbeitsplätze für unqualifizierte Arbeitskräfte, zweitens sind die Familienformen vielfältiger geworden und drittens haben die Arbeitslosen- und Invalidenversicherungen ihre Leistungen in den letzten 15 Jahren so abgebaut, dass zahlreiche Menschen, die früher diese Leistungen bezogen, nun Sozialhilfe beziehen müssen.

Institutionelle und inhaltliche Herausforderungen

Armutspolitik und -prävention ist anspruchsvoll, denn sie betrifft zahlreiche Politikfelder wie die Familien-, Steuer-, Arbeitsmarkt-, Wohnungs- oder Bildungspolitik. Viele dieser Politiken sind auf unterschiedlichen Staatsebenen geregelt (Bund, Kantons- oder Gemeindeebene). Erst seit kurzem engagiert sich der Bund in der Armutspolitik mit seinem Nationalen Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut, zusammen mit Kantonen, Städten, Gemeinden und privaten Organisationen. Damit wurde Armut auch auf der Bundesebene anerkannt, es wurden wissenschaftliche Grundlagen erarbeitet, innovative Ansätze zur Armutsbekämpfung erprobt und der fachliche Austausch zwischen Akteurinnen und Akteuren gefördert. Im April 2018 entschied der Bundesrat, dieses Programm massiv herunterzufahren. Verbindliche Ziele zur Bekämpfung der Armut fehlen nach wie vor. In den Kantonen findet vielerorts ein Sozialabbau statt, sei dies in der Sozialhilfe oder bei anderen Leistungen wie zum Beispiel der Prämienverbilligung.

Inhaltliche Herausforderungen sind die Situation von Niedrigqualifizierten. Die Möglichkeiten für ihre Aus- und Weiterbildung sind nach wie vor beschränkt. Die Frage ihrer Existenzsicherung während der Ausbildung ist ungelöst. Schwierig ist es für Migrantinnen und Migranten, deren Ausbildung in der Schweiz nicht anerkannt ist und für Kinder, die in benachteiligten Familien aufwachsen. Kindergarten und Schule setzen in der Schweiz spät ein. So können ungleiche Startchancen nicht wettgemacht werden. Kinder aus armutsbetroffenen Familien sind deshalb häufig später selbst wieder arm.

Kritik am Bundesratsbericht zur Agenda 2030

Der Bundesrat hat einen substanzlosen und oberflächlichen Bericht verabschiedet. Er stellt der Schweiz ein himmeltrauriges Zeugnis aus. Die Schweiz hat den Auftrag zu zeigen, wo Lücken bestehen zwischen den Zielen der Agenda 2030 und der Realität in der Schweiz. Konkret zum SDG 1 «Armut bekämpfen in all ihren Formen»: Im vom Aussenminister Cassis angeordneten stark gekürzten Bericht finden sich gerade einmal sechs Zeilen zur Armut in der Schweiz.

Herausforderungen werden keine einzige mehr benannt. In einer früheren Version wurden immerhin noch genannt: dass in der Schweiz grosse Schwierigkeiten bestehen, Beruf und Familie vereinbaren zu können, weil keine adäquaten Strukturen vorhanden oder diese zu teuer sind. Oder dass die frühe Förderung nicht für alle Kinder zugänglich ist, obwohl gerade diese für die Chancengleichheit wichtig ist.

Forderungen für die Umsetzung der Agenda 2030

Armut ist in der Schweiz die grösste sozialpolitische Herausforderung. Caritas fordert die konsequente Umsetzung der Agenda 2030 und damit die Halbierung der Armut in der Schweiz bis zum Jahr 2030. Dazu müssen Bund, Kantone und die Gemeinden, zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen eine „Schweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung“ erarbeiten, mit dem konkreten Ziel, die Armut in der Schweiz zu halbieren. Aus dieser Zielsetzung müssen entsprechende Massnahmen abgeleitet werden. Um deren Wirksamkeit zu überprüfen braucht es regelmässige Überprüfungen. Um die Armutssituation schweizweit kontinuierlich zu beobachten, braucht es ein nationales Armutsmonitoring auf Bundesebene.

Inhaltlich muss die Existenzsicherung landesweit geregelt und die soziale Teilhabe ermöglicht werden. Ebenso ist bezahlbarer Wohnraum wichtig oder dass Familien unterstützt werden. Dazu existiert in vier Kantonen bereits das Instrument der Familien-Ergänzungsleistungen.

Kontinuierliche Bildungschancen müssen für alle gewährleistet werden: Dies beinhaltet frühe Förderung für alle Kinder, erwachsenengerechte Angebote der Nachholbildung und obligatorische geeignete Weiterbildungen.

Und grundlegend ist, dass Beruf und Familie vereinbar sind. Das Angebot an familienexterner und schulergänzender Kinderbetreuung muss überall in der Schweiz die Nachfrage decken, Frauen und Männer müssen gleich viel verdienen und die unbezahlte Betreuungsarbeit muss gerechter aufgeteilt werden. Dazu braucht es entsprechende Arbeitsmodelle.

Kontakt

Marianne Hochuli, Mitglied der Geschäftsleitung und Leiterin des Bereichs Grundlagen der Caritas Schweiz

Tel. 041 419 23 20 (umgeleitet auf das Mobiltelefon).